

Wir wollen als Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes-Bund der Antifaschist*innen heute deutlich machen, dass es uns nicht darum geht Einschätzungen zum Angriffskrieg Russlands abzugeben. Vielmehr wissen wir: Der Abwurf der Atombombe auf Hiroshima hat eine massive Eskalation und vor allem einen historischen Wendepunkt eingeleitet. Am 6. und 9. August 1945 zerstörten die USA mit zwei Atombomben Hiroshima und Nagasaki. Millionen Menschen sind bis heute an den Folgen dieser Abwürfe sowie der über 2.000 Atomtests gestorben oder leiden unter oft schweren chronischen Erkrankungen.

Es ist nicht erst seit dem Krieg in der Ukraine klar: Atomwaffen stellen eine besondere Bedrohung dar. Schon vor diesem Krieg wurde deutlich, dass die unzureichenden Verträge ihre Wirksamkeit endgültig verlieren. Sie laufen aus oder werden von einzelnen Ländern gekündigt oder garnicht unterzeichnet, wie der Atomwaffenverbotsvertrag durch Deutschland.

Aktuell bedrohen uns weltweit 12.500 Nuklearwaffen!

Die neun Atomwaffenstaaten rüsten ihre Arsenale weiter auf. „Wir driften in eine der gefährlichsten Perioden der Menschheitsgeschichte“, warnte kürzlich der Direktor des renommierten Friedensforschungsinstituts SIPRI, Dan Smith. In Konfliktgebieten wie auch Pakistan und Indien werden Atomwaffen weiterhin zur Abschreckung und Drohung genutzt. Die nukleare Teilhabe der NATO in Europa ist Teil des Problems. In Deutschland sollen neue Trägerflugzeuge für neue, zielgenauere US-

Atombomben in Büchel angeschafft werden. Die geplante Stationierung russischer Atomwaffen in Belarus verschärft die existenzielle Gefahr.

Der UN-Atomwaffenverbotsvertrag ist das zentrale völkerrechtliche Instrument, um das Ziel einer atomwaffenfreien Welt zu erreichen. "Wir müssen diese Waffen vernichten, bevor sie uns vernichten", verlangte der UN-Generalsekretär Guterres. Deutschland sollte diesem Vertrag baldmöglichst beitreten. Die Ampelkoalition teilt zwar das Ziel der universellen nuklearen Abrüstung, hält aber zugleich an der nuklearen Teilhabe in der Nato fest. Bundeskanzler Olaf Scholz (SPD) hat jüngst die Beschaffung von F-35-Tarnkappenjets aus den USA angekündigt, die bei der Bundeswehr die veralteten *Tornados* als Kernwaffenträger ablösen sollen.

Wir fordern:

- * Atomwaffen aufgrund der katastrophalen humanitären Folgen ihres Einsatzes zu ächten und Entschädigungen der Atombombenopfer zu ermöglichen;

- * die zweite Konferenz von Staaten zum Atomwaffenverbotsvertrag im November 2023 muss von der Bundesregierung genutzt werden um weitere Schritte auf dem Weg zu einem deutschen Beitritt zu gehen;

- * kooperative Sicherheit durch eine Politik der Friedenslogik in den Blick zu nehmen und damit die nukleare Abschreckung überwinden zu helfen.